

WETTBEWERB – QUO VADIS?

Zur Lage des Strom- und
Gasmarktes in Österreich 2007/08

→ Impressum

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Energie-Control GmbH, Rudolfsplatz 13a, A-1010 Wien,
Tel. +43 (0)1 247 24-0, Fax +43 (0)1 247 24-900, E-Mail office@e-control.at

Für den Inhalt verantwortlich: DI Walter Boltz, Geschäftsführer Energie-Control GmbH

Konzept und Text: Energie-Control GmbH

Redaktionsschluss: 31. Juli 2008

Grafik und Layout: **[cdc]**, Viriotgasse 4, A-1090 Wien

Druck: Druckerei Robitschek

© Energie-Control GmbH 2008

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

Hinweis im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes: Im Sinne der leichteren Lesbarkeit wurde bei Begriffen, Bezeichnungen und Funktionen die kürzere männliche Form verwendet. Selbstverständlich richtet sich die Publikation an beide Geschlechter.



Strom- und Gasmarkt in Zahlen	6
Harte Zeiten für Österreichs Energiekunden	7
Gaspreise	8
Strompreise	9
EU-Vergleich	10
Wettbewerb auf Sparflamme	13
Endkundenmärkte	13
Gasgroßhandel	14
Stromgroßhandel	16
Margen und Performance der Energieunternehmen	16
„Marktengpass“ Infrastruktur	19
Strommarkt	19
Gasmarkt	19
Ungelöste Probleme	21
Vertikale Integration	21
Marktkonzentration	22
Inaktive Konsumenten	22
Unzureichendes Monitoring	24
Keine ausreichende Rechtsdurchsetzung	24
Internationale Situation	24
Lösungsansätze	26
Erforderliche Maßnahmen	26
Systematisches Monitoring	26
„Aktion scharf“ bei Überwachung der Entflechtung	26
Infokampagnen und Transparenzoffensive	26
Verbesserungen des Wechselprozesses	27
Bessere (glaubwürdigere) Rechtsdurchsetzung	27
Weitere Maßnahmen auf europäischer Ebene	27
Anhang: Abbildungsverzeichnis	29



→ Strom- und Gasmarkt in Zahlen

WARMER WINTER DRÜCKTE ENERGIEVERBRAUCH

2007 war für sowohl bei Erdgas als auch bei Strom ein außergewöhnliches Jahr, vor allem aufgrund des warmen Winters.

Tabelle 1 zeigt die Bilanz der Stromwirtschaft für 2007 und die Veränderung gegenüber 2006. Der physische Austausch mit dem Ausland hat leicht zugenommen und auch der Inlandsstromverbrauch ist leicht angestiegen. Die höchste Last im österreichischen Stromnetz wurde im Dezember mit 9.438 MW gemessen.

2007 stellt kein Normaljahr dar, da der besonders warme Winter 2006/2007 starken Einfluss auf beide Jahre hatte. Elektrische Energie wurde 2006 zu rund 55 % an den produzierenden Bereich

abgegeben, zu 20 % an Gewerbe und sonstige Kleinkunden sowie zu 25 % an Haushalte.

Tabelle 2 zeigt die Bilanz der Gaswirtschaft für 2007 und die Veränderung gegenüber 2006. Die Speicherbewegungen haben im Vergleich zu 2006 deutlich zugenommen.

Der Rückgang der Abgabe an Endkunden ist vor allem auf das warme Frühjahr 2007, das um 6 °C wärmer war als im Vorjahr, zurückzuführen. Der höchste Verbrauch wurde im Dezember 2007 mit 22.793 MWh/h (2,051 Mio. Nm³/h) gemessen. 2006 wurden rund 28 % des Erdgases an Kleinkunden (z. B. Haushalte) abgegeben, 52 % an „Industrie“ und 20 % an Kraftwerke.

→ Bilanz der Stromwirtschaft für 2007

Tabelle 1

	GWh (2007)	Veränderung zu 2006
Bruttostromerzeugung	63.741	-0,28 %
Physikalische Importe	22.130	+4,10 %
Physikalische Exporte	15.511	+7,66 %
Verbrauch für PSP*	2.985	-10,56 %
Inlandsstromverbrauch	67.375	+0,70 %

* Pumpspeicherung

→ Bilanz der Gaswirtschaft für 2007

Tabelle 2

	GWh* (2007)	Veränderung zu 2006
Importe	412.499	+0,9 %
Produktion	20.528	+1,6 %
Speicherentnahme	26.425	+34,1 %
Export	335.939	+4,2 %
Speichereinpressung	29.792	+9,5 %
Eigenverbrauch, Verluste, Netzverluste; statistische Differenz	5.514	
Abgabe an Endkunden	88.205	-6,1 %

* Die Werte müssen mit 11,11 dividiert werden, um die entsprechenden Größen in Mio. m³ zu erhalten.



→ Harte Zeiten für Österreichs Energiekunden

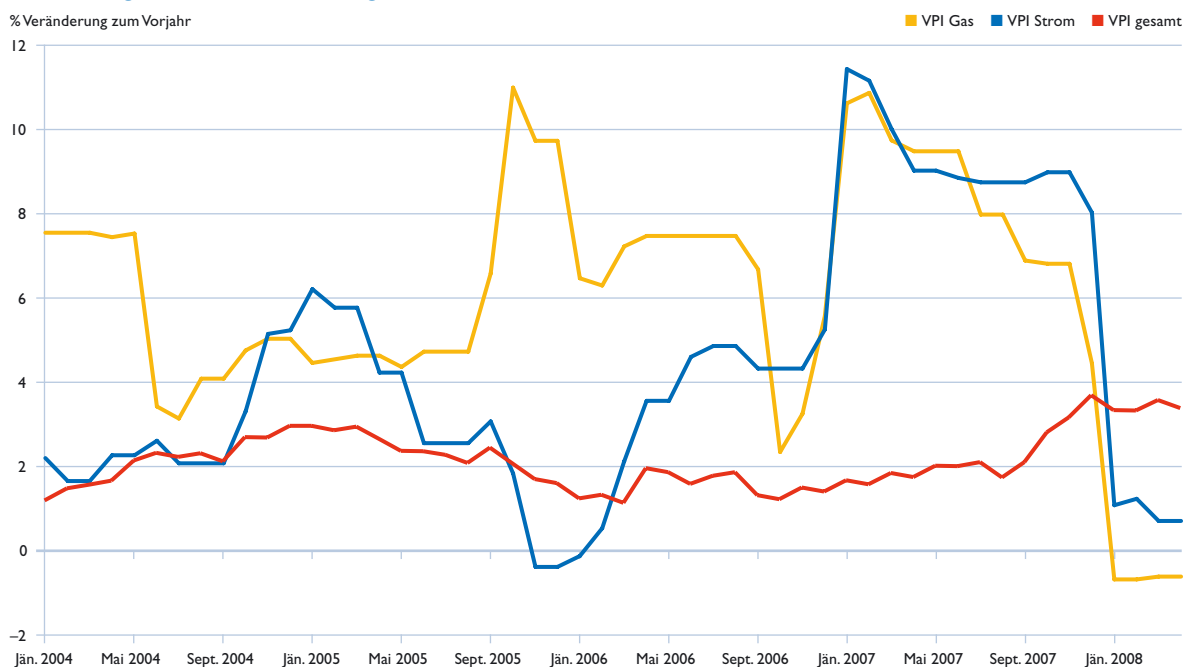
120 EURO KOSTENSTEIGERUNG FÜR HAUSHALTSKUNDEN

Im Dezember 2007 betrug die Inflationsrate in Österreich 3,6%, wobei die Steigerungsrate bei den Strompreisen 8% und bei den Gaspreisen 4,4% ausmachte. Demnach tragen die Strom- und Gaspreise erheblich zur gesamten Inflation bei. Die in Abbildung I dargestellte Entwicklung zeigt, dass die Steigerung der Strom- und Gaspreise im Vergleich zu den Vorjahres-Monatswerten im Jahr 2007 deutlich höher gewesen

ist als die gesamte Verbraucherpreissteigerung, aber seit Dezember 2007 darunter liegt. Dies liegt daran, dass ein Großteil der Preissteigerungen Anfang des Jahres durchgeführt worden sind. Für einen durchschnittlichen Haushalt bedeuten die Preissteigerungen des Jahres 2007 bei Gas und Strom eine Mehrbelastung von etwa 120 Euro gegenüber 2006. Obwohl im Jahr 2008 möglicherweise sogar höhere Preissteigerungen auf die Haushalte zukommen werden, sollte sich der Effekt erst 2009 zur Gänze in den Haushaltsbudgets widerspiegeln.

→ Veränderung des Gesamt-Verbraucherpreisindex (VPI) im Vergleich zu Veränderungen des VPI Strom und VPI Gas

Abbildung I



→ Gaspreise

WESENTLICHE PREISDIFFERENZEN AUCH
BEI LOKALEN ANBIETERN. INDUSTRIE ZAHLT
14% MEHR ALS VOR EINEM JAHR

Haushalte, die mit Erdgas heizen, wenden im Durchschnitt 900 bis 950 Euro pro Jahr für Erdgas auf. Abbildung 2 zeigt die Gesamtaufwendungen eines durchschnittlichen Haushaltskunden (15.000 kWh/Jahr) in allen Netzbereichen beim lokalen Anbieter, aufgeteilt auf die einzelnen Komponenten (Energie, Netz und Steuern und Abgaben). Außerdem wird dem Energiepreis des lokalen Anbieters (abzüglich allgemeiner Rabatte) der Energiepreis des Billigstbieters (abzüglich allgemeiner und einmaliger Rabatte, um die Einsparung beim Wechsel zu verdeutlichen) im jeweiligen Netzgebiet gegenüber-

gestellt. Den höchsten Gesamtpreis in Höhe von 969 Euro pro Jahr zahlten im Juli 2008 Kunden der Energie Graz, gefolgt von den Kunden der Tigas mit einem Gesamtpreis von 964 Euro pro Jahr.

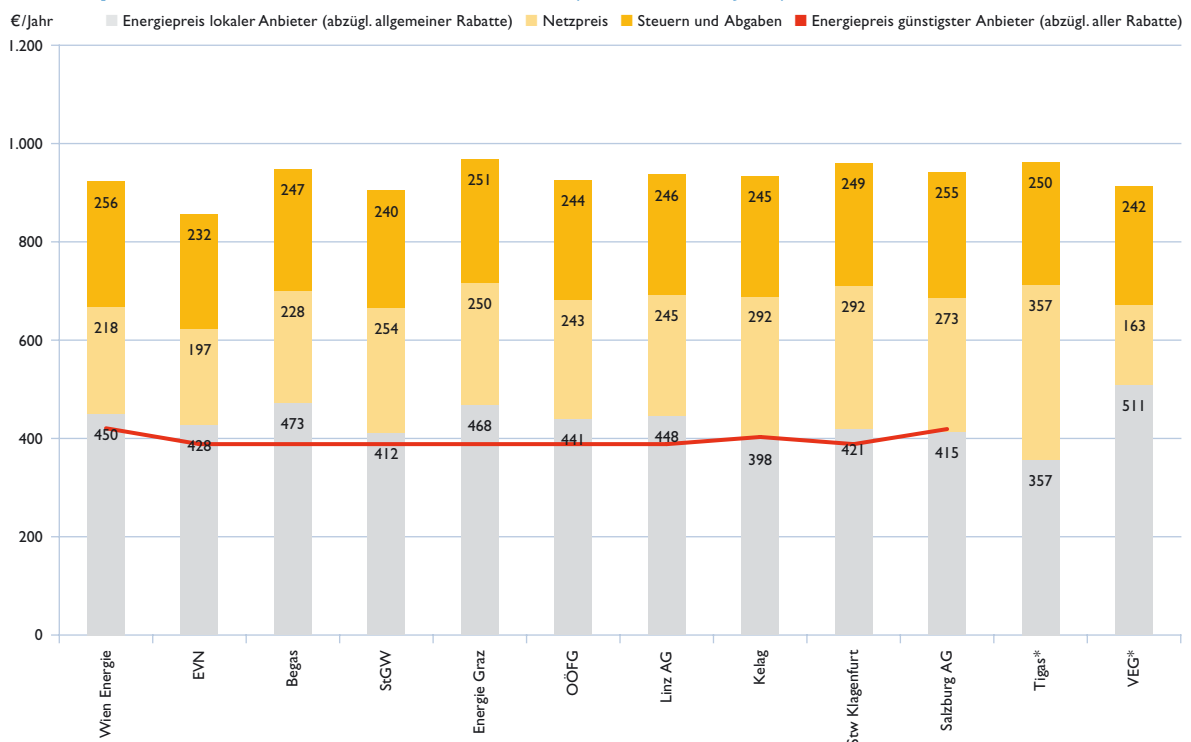
Die Industriepreise werden teilweise, vor allem bei Großunternehmen, direkt an die Ölpreisnotierungen gebunden und folgen somit den Importeinstandspreisen nach Österreich schneller und

→ Industriegaspreise Jänner 2007 und 2008 in Cent/kWh Tabelle 3

Verbrauchskategorie	Jänner 2007	Jänner 2008	2007/2008
>100 GWh	2,11	2,58	22,27 %
10–100 GWh	2,25	2,64	17,33 %
<10 GWh	2,68	2,89	7,84 %
Gesamt	2,41	2,75	14,11 %

→ Gaspreise für Haushalte in Österreich (15.000 kWh/Jahr)

Abbildung 2



* In Tirol und Vorarlberg (Tigas, VEG) kann der angestammte Lieferant nicht gewechselt werden, da die leitungstechnische Anbindung an die Regelzone Ost nicht gegeben ist.

Quelle: E-Control; Stand Juli 2008

direkter als die Preise für kleinere Unternehmen. Die Industrie zahlte per Jahresende 2007 etwa 14% mehr für ihr Erdgas als zu Jahresbeginn. Auffällig ist, dass vor allem die Großunternehmen ihre Vertragslaufzeiten wesentlich (um durchschnittlich zwölf Monate) gesenkt haben bzw. senken mussten.

→ Strompreise

**RABATTPOLITIK FÜR HAUSHALTE
IMMER UN DURCHSICHTIGER. INDUSTRIE
ZAHLT 11% MEHR ALS VOR EINEM JAHR**

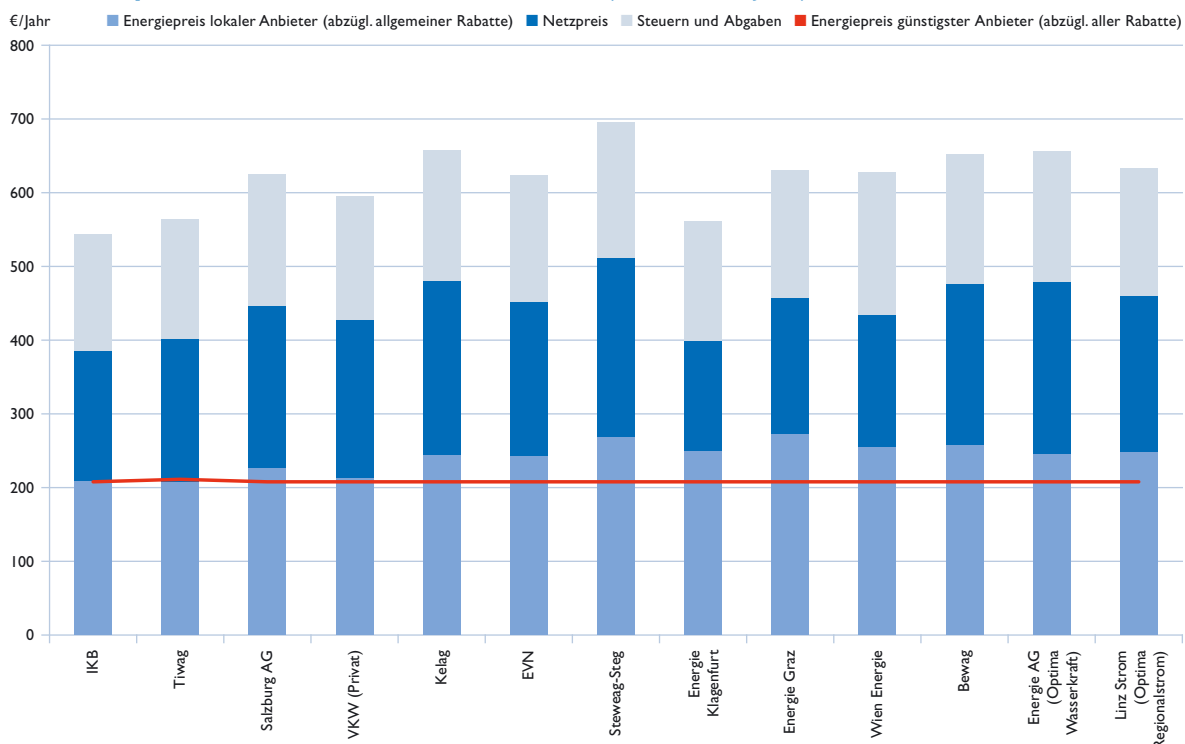
Durchschnittshaushalte wenden etwa 600 bis 700 Euro pro Jahr für elektrische Energie auf. Abbildung 3 stellt die Energiepreise der jeweiligen lokalen Anbieter sowie die entsprechen-

den Netztarife und Steuern und Abgaben dar. Deutlich ersichtlich ist, dass die Energiepreise der einzelnen Anbietern erheblich voneinander abweichen. So sind die Energiepreise des teuersten Lieferanten bei einem Haushaltskunden mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh um rund 29% höher als jene des günstigsten Lieferanten. Zudem trägt die unterschiedliche Höhe der Netztarife dazu bei, dass die Gesamtpreise stark voneinander abweichen. Die Differenz zwischen den höchsten und niedrigsten Gesamtkosten bei einem durchschnittlichen Haushaltskunden beträgt rund 28%.

Die Produktgestaltung erfolgt zum größten Teil über eine Rabattierung der Tarife, zumeist Abbucher- und Neukundenboni. Die von den Lieferanten angebotenen Tarife sind davon abgesehen größtenteils einheitlich.

→ Strompreise für Haushalte in Österreich (3.500 kWh/Jahr)

Abbildung 3



Quelle: E-Control; Stand Juli 2008

→ **Industriestrompreise Jänner 2008** in Cent/kWh

Tabelle 4

	Vollaststunden pro Jahr >4.400	Vollaststunden pro Jahr <4.400	keine Vollaststundenkategorie
Jahresverbrauch <10 GWh	6,51 (10,53 %)	6,34 (11,82 %)	6,45 (11,21 %)
Jahresverbrauch >10 GWh	5,96 (4,75 %)	5,96 (10,78 %)	5,96 (10,37 %)
keine Jahresverbrauchskategorie	6,40 (9,03 %)	6,16 (11,80 %)	6,28 (10,95 %)

Quelle: E-Control; Preissteigerungen gegenüber Jänner 2007 in Klammer

Der Verbund war bis 1. Juni 2008 österreichweit der günstigste Anbieter, was nicht zuletzt auf einen zehnpromtigen Neukundenbonus auf den Energiepreis zurückzuführen war. Dieser Rabatt wird seit Juni nicht mehr gewährt. Die Salzburg AG bietet all ihren ehemaligen Kunden, die zur Salzburg AG zurückwechseln, einen einmaligen Rabatt von 30 Frei-Strom-Tagen. Die Bewag hat ihre Produktpalette auf vier Optima-Tarife erweitert, die den Kunden eine große Bandbreite an zusätzlichen Services bieten. Zudem gewährt die Bewag allen Neukunden einen Rabatt von 20 Euro auf die Jahresrechnung. MyElectric hat von Dezember 2007 bis Januar 2008 einen Online-Fixtarif mit einer Preisgarantie für ein Jahr angeboten.

Die Rabattpolitik der Unternehmen verlangt von den Kunden in verstärktem Maß, sich mit vielen Details der Angebote zu beschäftigen, um das für sie Beste herauszufinden. Zu hinterfragen ist, ob nicht manche der Rabatte lediglich eine besondere Form der Preisdifferenzierung der Unternehmen darstellen (also, ob den unterschiedlichen Preisen tatsächlich auch unterschiedliche Leistungen gegenüberstehen), was bei marktbeherrschenden Unternehmen wettbewerbsrechtlich bedenklich wäre.

Industriekunden zahlten per Jänner 2008 im Jahresvergleich etwa 11 % mehr für elektrische Energie. Angesichts der gestiegenen Großhandelspreise ist wohl damit zu rechnen, dass die kommenden Abschlüsse weitere wesentliche Preissteigerungen mit sich bringen werden. Die der Industrie verrechneten Mehrkosten für

Ökostrom lagen bei 5,8 bis 6,1 €/MWh. Bei industriellen Kunden folgen die Preise den Futures-Notierungen. Wettbewerb erfolgt daher weitgehend nur über Zusatzdienstleistungen wie Portfoliomanagement. Preisunterschiede können eher dadurch erreicht werden, dass zu einem günstigen Zeitpunkt eingekauft wird, als durch einen Wechsel des Anbieters.

→ **EU-Vergleich**

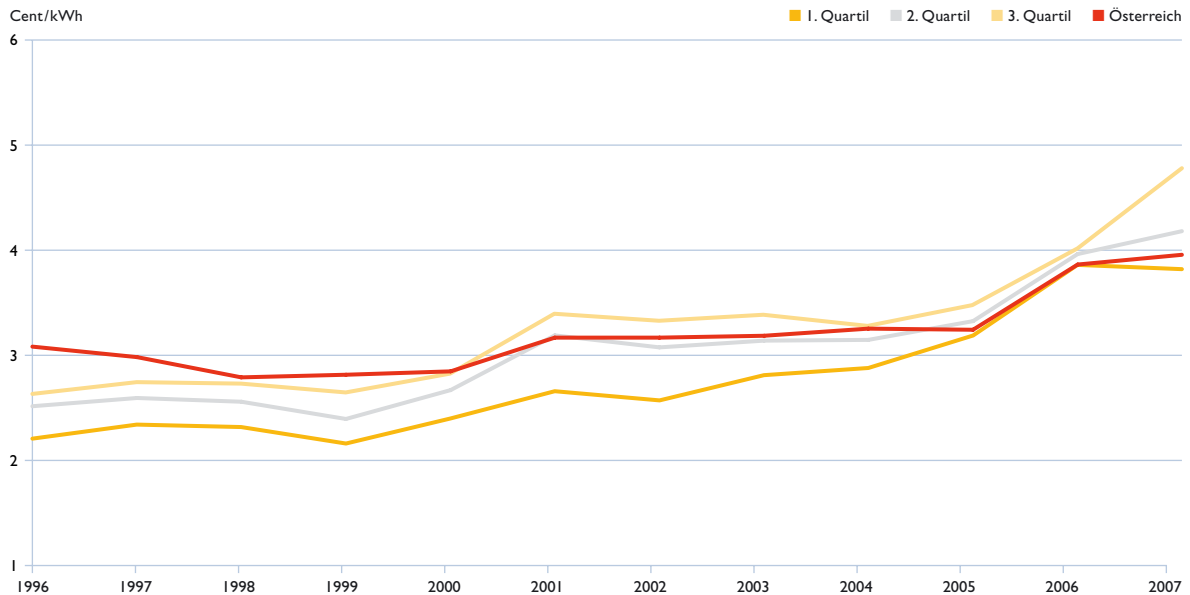
**ÖSTERREICH VERSCHLECHTERT
SEINE POSITION IM EU-VERGLEICH**

Österreich lag vor der Liberalisierung bei den Haushaltspreisen für Erdgas bei den teuersten Ländern der EU und bei Strom etwa im Mittelfeld. Bis 2006 hatten sich die heimischen Preise den günstigsten Ländern (billigste 25 % der vergleichbaren Länder) angeglichen. Seither hat Österreich im Ranking wieder Plätze verloren (Abbildungen 4 und 5).

Bei den Industriepreisen ist insbesondere bei elektrischer Energie die Verschlechterung der Position noch markanter, sodass österreichische Unternehmen wieder eine relative Preissituation vorfinden, die jener vergleichbar ist, die zu Beginn der Liberalisierung in den Jahren 2000 und 2001 herrschte. Dies dürfte auf eine Kombination der nun in den Preisen enthaltenen Ökostrommehrkosten und der in allen Segmenten sichtbaren relativen Verschlechterung Österreichs zurückzuführen sein (Abbildungen 6 und 7).

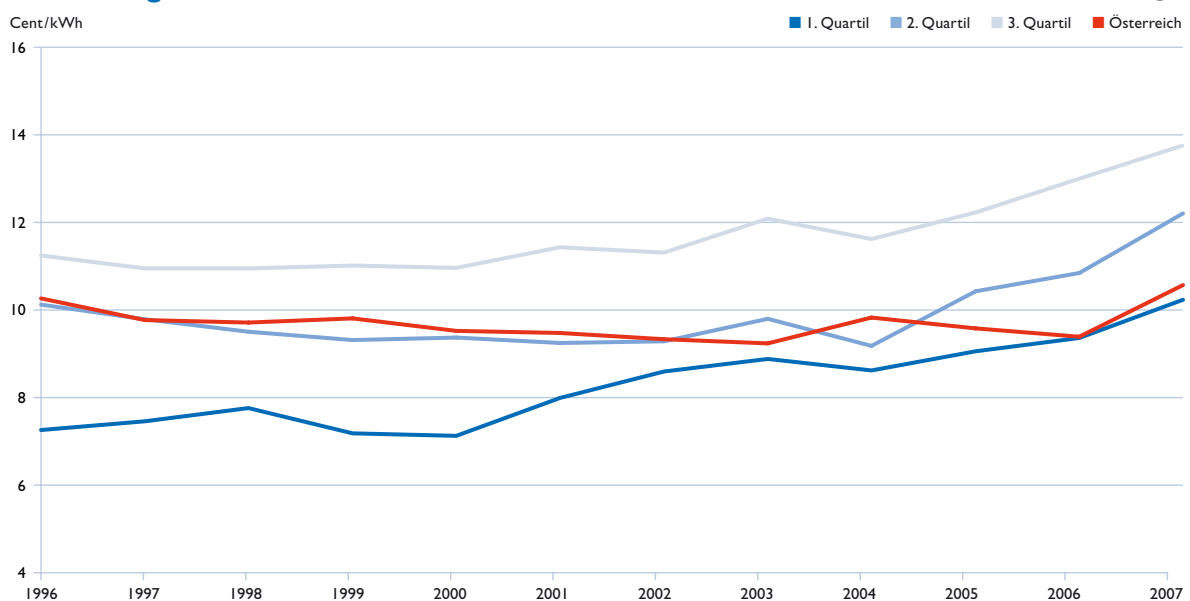
→ Vergleich österreichischer Haushaltsgaspreise mit vergleichbaren EU-Ländern^{1,2}

Abbildung 4



→ Vergleich österreichischer Haushaltsstrompreise mit vergleichbaren EU-Ländern³

Abbildung 5



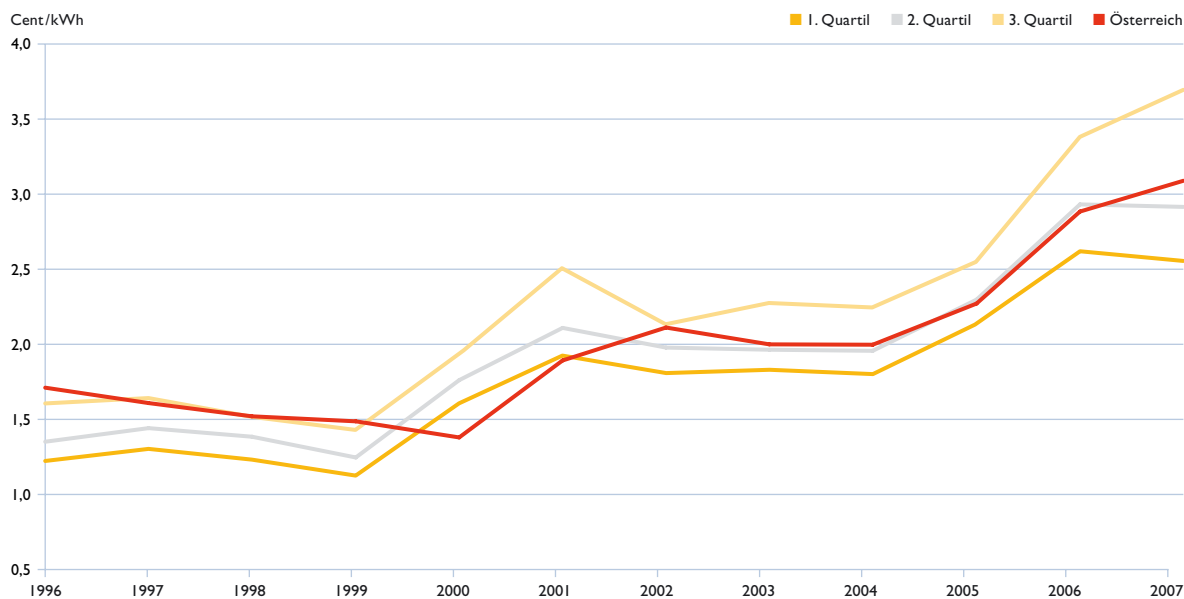
¹ Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden

² Wenn die Preise der Höhe nach geordnet werden, so bezeichnet zum Beispiel das erste Quartil die niedrigsten 25%.

³ Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien

→ Vergleich österreichischer Industriegaspreise mit vergleichbaren EU-Ländern⁴

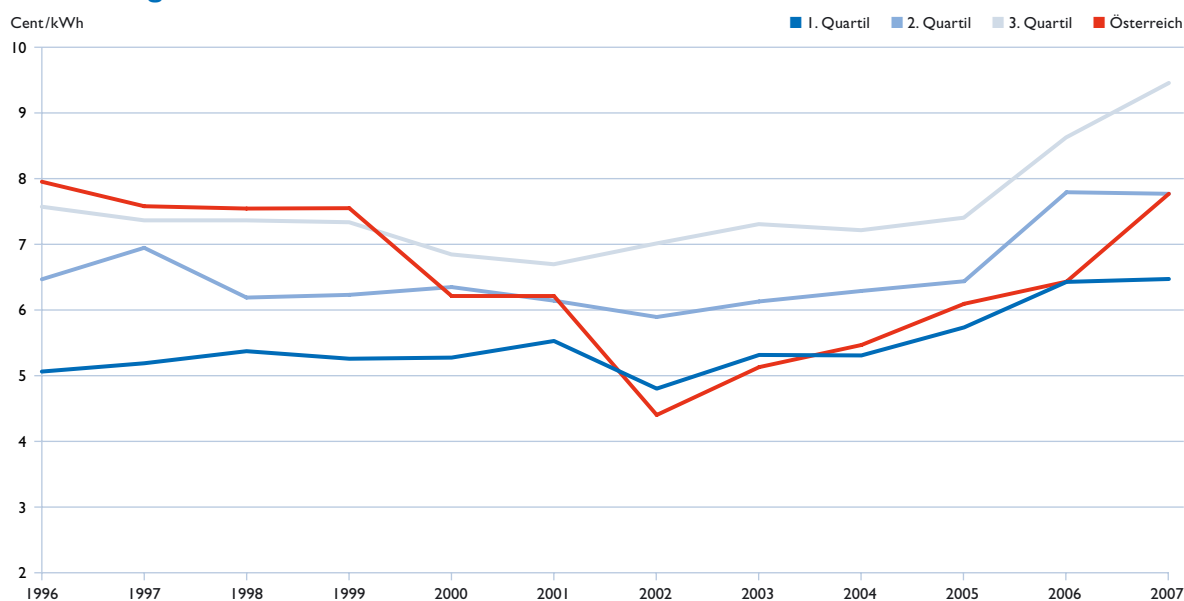
Abbildung 6



Quellen: Eurostat, eigene Berechnungen

→ Vergleich österreichischer Industriestrompreise mit vergleichbaren EU-Ländern⁵

Abbildung 7



Quellen: Eurostat, eigene Berechnungen

⁴ Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Österreich, Schweden, Spanien

⁵ Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien



→ Endkundenmärkte

KEINE EFFEKTIVE BEGRENZUNG DER MARKTMACHT DER VERSORGER DURCH WETTBEWERB

Österreich hat bereits 2001 den Strommarkt für alle Endkunden geöffnet. Die Tatsache, dass von Beginn an das notwendige Minimum an Harmonisierung bei den erforderlichen Geschäftsprozessen gegeben war, hat dazu geführt, dass bei der Abwicklung dieser Prozesse keine wesentlichen Probleme aufgetreten sind.

Dennoch hat Österreich einen sehr wenig dynamischen Wettbewerb um Endkunden, von dem die geringe Wechselzahl von 1,5% der Haushaltskunden im Jahr 2007 zeugt. Insgesamt haben damit bisher knapp 6% der Haushalte den Lieferanten gewechselt. Von den Industriekunden haben im Jahr 2007 9,5% den Lieferanten gewechselt, seit 2001 waren es 53%.

Die Wechselquote der Gaskunden lag im Jahr 2007 bei 0,6% und ist nach wie vor auf einem sehr geringen Niveau. Die Wechselaktivität der Haushaltskunden ist dabei mit 0,5% am geringsten, die Industriekunden (gemessene Kunden) wechselten zu 4,9% den Anbieter.

2007 sind keine neuen Lieferanten auf den Markt gekommen. Auch Produktinnovationen sind im Haushaltskundenmarkt nicht zu beobachten. Die Marktkonzentration ist unverändert hoch. Eine Verbesserung dieser Marktsituation ist auch mittelfristig nicht zu erwarten. Wenn es Diskussionen zu Strukturveränderungen gibt, werden eher Vorschläge in Richtung mehr Konzentration gemacht.

Die höhere Sensibilität der Bevölkerung bezüglich der Energiepreise hat im Jahr 2007 dazu geführt, dass die Wechselquote zwar weiterhin sehr niedrig, aber doch höher als in den vergangenen

Jahren gewesen ist. Nach Ansicht der Regulierungsbehörde lässt sich allerdings mit den immer noch viel zu niedrigen Wechselquoten kein nachhaltiger Wettbewerb erreichen. Die in den Jahren 2005/2006 von der Bundeswettbewerbsbehörde und der E-Control durchgeführte Branchenuntersuchung der österreichischen Elektrizitätswirtschaft hat gezeigt, dass im Kleinkundenbereich jeder lokale Versorger unverändert weiter marktbeherrschend ist. Das heißt, der lokale Versorger kann Preise mit Profit gegenüber seinen Wettbewerbern erhöhen. Das aktuelle Wettbewerbsniveau schränkt damit die Marktmacht der Unternehmen nicht ausreichend ein.

Der aktive Wettbewerb um Haushaltskunden hängt in Österreich deshalb davon ab, ob es gelingt, eine ausreichend große Kundengruppe zu aktiven Kunden zu machen, die bereit sind, Preisersparnisse auch wirklich durch einen Wechsel wahrzunehmen. Vor allem an aktiver Kundeninformation durch die Wettbewerber mangelt es aber in Österreich. Die aktuellen Einsparmöglichkeiten von 70 bis 100 Euro pro Jahr haben die Kunden jedenfalls noch nicht mobilisiert.

Eine wesentliche Ursache für die nur schleppende Entwicklung des Wettbewerbs ist die unzureichende Entflechtung. Die Trennung des Netzbetreibers vom lokalen Lieferanten ist für die Kunden praktisch kaum wahrnehmbar. Dadurch wird der „goodwill“ des Netzbetreibers kostenlos an den Lieferanten übertragen. Der Auftritt des Netzbetreibers in seiner Kommunikation (Werbung, Rechnung etc.) ist damit ein wesentlicher Faktor für die fehlende Dynamik des Wettbewerbs.

Infolge der von der Bundeswettbewerbsbehörde und der E-Control 2005 durchgeführten Branchenuntersuchung der österreichischen Elektrizitätswirtschaft wurde im Juni 2006 ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung des Wettbewerbs am österreichischen Strommarkt sowie ein entsprechendes unabhängiges Monitoring vereinbart.

Das Paket enthält eine Reihe von Selbstverpflichtungen der Elektrizitätsunternehmen, die sowohl zu direkten Verbesserungen für die Elektrizitätskunden als auch zu einer verbesserten und kostengünstigeren Zusammenarbeit zwischen den Lieferanten und Netzbetreibern führen sollten.

Als wesentliche Maßnahmen der Wettbewerbsbelebung werden die Gleichbehandlung aller Lieferanten durch Netzbetreiber bei der elektronischen Übermittlung von Netzrechnungsdaten, Verkürzung des gesamten Lieferantenwechselprozesses von acht auf sechs Wochen, Unterlassung problematischer Preisanpassungen bei sogenannten All-inclusive-Verträgen, die Erstellung eines Verhaltenskodex für Lieferanten und die flächendeckende Verteilung eines Informationsblattes für Kunden festgelegt. Alle diese Maßnahmen waren im Laufe des Jahres 2007 umzusetzen. Das Monitoring über den Umsetzungsstand und die Einhaltung des Wettbewerbsbelebungs pakets wurde entgegen dem ursprünglichen Vorschlag der Bundeswettbewerbsbehörde und der E-Control vom Verband der Elektrizitätsunternehmen Österreichs (VEÖ) selbst durchgeführt und unter Zuhilfenahme eines Wirtschaftsprüfers ein Monitoring-Bericht vorgelegt. Wie aus diesem Bericht und den allgemeinen Aufsichtstätigkeiten der E-Control hervorgeht, haben sich einige Maßnahmen des Wettbewerbsbelebungs pakets in der Praxis bewährt. Andererseits gibt es bei der Forderung nach transparenten Rechnungen zwar Fortschritte, weitere Anstrengungen sind aber jedenfalls noch notwendig.⁶ So hat die Regulierungsbehörde im Jahr 2008 eine Reihe von Verfahren zur Überprüfung und allfälligen Anpassung der Rechnungen an die gesetzlichen Vorgaben gestartet, die zum Teil noch im Laufen sind. In diesem Zusammenhang ist auf die immer noch

unzureichenden regulatorischen Rahmenbedingungen hinzuweisen. Die Regulierungsbehörde kann die meisten notwendigen Maßnahmen nicht durchsetzen, da die innerösterreichische Umsetzung der europäischen Vorgaben keine effektiven Sanktionsmechanismen vorsieht.

→ Gasgroßhandel

DIVERSIFIZIERUNG UND LIQUIDER
HANDELSPLATZ IST VORAUSSETZUNG
FÜR MARKTGERECHTE GASPRISE

Die Abhängigkeit des österreichischen Gasgroßhandels von einem Anbieter bleibt bestehen. Für eine Diversifizierung der Anbieterstruktur sind die Erschließung neuer Beschaffungswege (Nabucco), TGL oder LNG-Importe notwendig.

Der Central European Gas Hub (CEGH), als Basis für eine Handelsplattform, kann seine Funktion, mehr Preistransparenz zu schaffen, bisher nicht erfüllen. Ob eine Beteiligung des größten Anbieters im langfristigen Gasgroßhandel (der Gazprom) am CEGH den weiteren Ausbau des Handelsplatzes beschleunigt, lässt sich derzeit noch nicht abschließend beantworten. Wesentliche Regulierungsaufgabe ist daher die Entwicklung einer effektiven Markt- und Börsenaufsicht, um das Vertrauen der Marktteilnehmer in den Handelsplatz unabhängig von der Eigentümerstruktur nachhaltig zu gewährleisten.

2007 wurden 6,9 Mrd. m³ (netto) Gas importiert und 1,8 Mrd. m³ aus heimischer Gasproduktion auf dem Großhandelsmarkt angeboten. Der Import und auch der Bezug von heimischen

⁶ Die Ablehnung einiger Forderungen der Regulierungsbehörden im Rahmen des Diskussionsprozesses zum Wettbewerbsbelebungs paket war absehbar, daher wurden einige wichtige Punkte ins Gesetz übernommen (zum Beispiel Cent/kWh-Ausweisung des Energiepreises, schriftliche Information über Preiserhöhung plus Widerspruchsrecht usw.).

Anbietern erfolgt über langfristige Verträge. Die Verträge mit Gazexport/GWH wurden 2006 neu abgeschlossen und haben Laufzeiten bis 2027. Größter Anbieter auf dem Großhandelsmarkt ist unverändert Gazexport (und über die Tochtergesellschaft GWH), damit sind die Importpreise aus diesen Verträgen wesentlicher Indikator für die Preisentwicklung am Großhandelsmarkt. Diese Preise gehen in die Berechnung eines durchschnittlichen Importpreises ein, der von der Statistik Austria monatlich veröffentlicht wird.

2007 war geprägt von steigenden Großhandelspreisen, die vom Anstieg der Ölpreise induziert waren, da die Entwicklung der Gasgroßhandelspreise in den langfristigen Importverträgen an die Ölpreisentwicklung gekoppelt ist. Von Jänner bis Mai 2007 sanken die Großhandelspreise um ca. 15%, seit Mai 2007 steigen die Großhandelspreise um 33% wieder an. Insgesamt sind die Großhandelspreise im Jahr 2007 von Jänner bis Dezember um 15% gestiegen. Dieser Aufwärtstrend hat sich bisher im Jahr 2008 fortgesetzt und verstärkt.

Für den kurzfristigen Gashandel am Central European Gas Hub liegen nach wie vor keine Preisinformationen vor. Es ist die Einführung eines Preisindex geplant, damit zumindest eine wesentliche Funktion des Handelsplatzes, eine Preisbenchmark zu geben, erfüllt werden kann. Bisher haben nur die Auktionen der EconGas im Rahmen des Gas-Release-Programms eine gewisse Preistransparenz ermöglicht. Für die im Jahr 2007 durchgeführte Versteigerung soll der Startpreis bei 21,75€/MWh, der Endpreis deutlich über 23€/MWh gelegen haben.⁷

2007 wurden insgesamt 17,75 Mrd. m³ Gas am CEGH gehandelt; die physikalische Lieferung betrug 5,8 Mrd. m³.⁸ Das sind ca. 15% der Gesamtmengen, die 2007 über Baumgarten importiert wurden. Im Durchschnitt lag die Umschlagshäufigkeit (Churn Rate) bei 2,57 und im Vergleich zu anderen europäischen Gashubs im unteren Bereich. Die Handelsmengen und der physikalische Durchfluss zeigen höhere Sommermonatswerte an. Bisher ist im Jahr 2008 ein Rückgang der Handelsmengen zu verzeichnen. Die Anzahl der registrierten und aktiven Händler hat in den Jahren 2007 und 2008 jedoch weiter zugenommen.

Von der Betreibergesellschaft Central European Gas Hub sind in den Jahren 2007 und 2008 einige Maßnahmen gesetzt worden, um den Gashub weiterzuentwickeln. Für Anfang 2009 ist die Aufnahme einer Gasbörse geplant.

Der Betreiber des Gashub, Central European Gas Hub, ist eine Tochtergesellschaft der OMV Gas & Power GmbH. Der angekündigte Einstieg der Gazprom wird kartellrechtlich zu prüfen sein. Da Gazprom der wesentliche Lieferant in Baumgarten ist, wird das Engagement von den Marktteilnehmern kritisch gesehen. Aus Sicht der Regulierungsbehörde ist die Frage zu stellen, welchen Informationsvorsprung Gazprom durch die Beteiligung am Hub haben wird und welche Maßnahmen notwendig sind, um Transparenz und Vertrauen in den Handelsplatz zu erhalten. Daher ist die Entwicklung einer effektiven Markt- und Börsenaufsicht eine wesentliche Regulierungsaufgabe. In Österreich gibt es zur Zeit aufgrund der fehlenden gesetzlichen Basis keine hinreichend detailliert definierte Aufsichtsfunktion für den physischen Handel.

⁷ Vgl. Energate vom 4. Juli 2007: Econgas auktioniert Gas in Baumgarten, www.energate.de; Econgas hat Jahresverträge mit einer Lotgröße von 10 Mio. m³ und einem Fixpreis versteigert.

⁸ Vgl. CEGH, CEGH Monthly Title Tracking Volume, www.gashub.at

→ Stromgroßhandel

TEILINTEGRATION DES STROM- GROSSHANDELSMARKTES – SCHLEPPENDE FORTSCHRITTE BEI REGIONALER INTEGRATION MIT ÖSTLICHEN NACHBARN

Marktintegration ist ein wesentliches strategisches Ziel der Regulierungsbehörde. Die weitgehende Integration in dem deutschen Preisraum ist wichtig, beschränkt aber ihrerseits die Liquidität an der österreichischen Börse EXAA. Dies bringt allerdings derzeit keine negativen Folgen mit sich, da sich die österreichischen Börsenpreise nicht wesentlich von jenen an der EEX entfernen. Sollte es künftig einmal zu Netzengpässen kommen, wäre mit einem verstärkten Handel auch an der EXAA zu rechnen. In diesem Fall wäre Österreich aber mit einer viel höheren Marktkonzentration in den Engpassstunden konfrontiert. Es ist daher notwendig, Konzepte für eine effiziente Aufsicht über den Handel an der EXAA und gegebenenfalls österreichische Preisbildungen an der EEX zu erarbeiten.

Mit 15.500 MW technischer Übertragungskapazität zu den Nachbarländern ist Österreich prädestiniert für eine starke Integration des Großhandelsmarktes. Und tatsächlich entsprechen die heimischen Großhandelspreise den deutschen. Durch die Marktintegration „importiert“ Österreich eine hohe Abhängigkeit des Strompreises von Kohle und Gaspreisen (sowie dadurch auch von CO₂-Zertifikatspreisen), andererseits aber auch sehr niedrige Preise in Off-Peak-Stunden (20.00 Uhr bis 8.00 Uhr sowie am Wochenende).

Dies führte dazu, dass durch den Verfall der CO₂-Preise auch in Österreich die EXAA Spot-Preise 2007 auf dem niedrigem Niveau von 39,1 €/MWh waren. Die Forwardpreise an der deutschen EEX für das Jahr 2007 lagen aber durchschnittlich um

8,3 €/MWh höher. Unterschiede zwischen EEX und EXAA gibt es lediglich aufgrund verschiedener Handelszeiten (die österreichische Börse schließt um zwei Stunden früher als die deutsche). Dadurch haben die heimischen Konsumenten die Gewähr, Energie zu vergleichbaren Kosten wie ihre Nachbarn bzw. bei gewerblichen Kunden wie ihre Konkurrenten beziehen zu können.

Ohne diese Marktintegration und angesichts der nach wie vor sehr hohen innerösterreichischen Marktkonzentration ist mit hoher Marktmacht einiger Produzenten an einem rein österreichischen Großhandelsmarkt zu rechnen. Nebeneffekt der Marktintegration ist, dass mehrere Börsen Stromhandel für den Lieferort (Ost-)Österreich anbieten. An der deutschen EEX werden Spot- und Futureskontrakte gehandelt, während an der österreichischen EXAA lediglich Spotkontrakte auktioniert werden. Da es keine Netzengpässe an der deutsch-österreichischen Grenze gibt, konzentriert sich natürlicherweise auch der Handel für Österreich auf die deutsche Börse, die eine eigene Handelszone für Österreich betreibt. Dennoch konnte die EXAA die gehandelten Mengen um etwa 38 % steigern: ein Zeichen, dass der unterschiedlichen Handelszeit ein Wert beigemessen wird.

→ Margen und Performance der Energieunternehmen

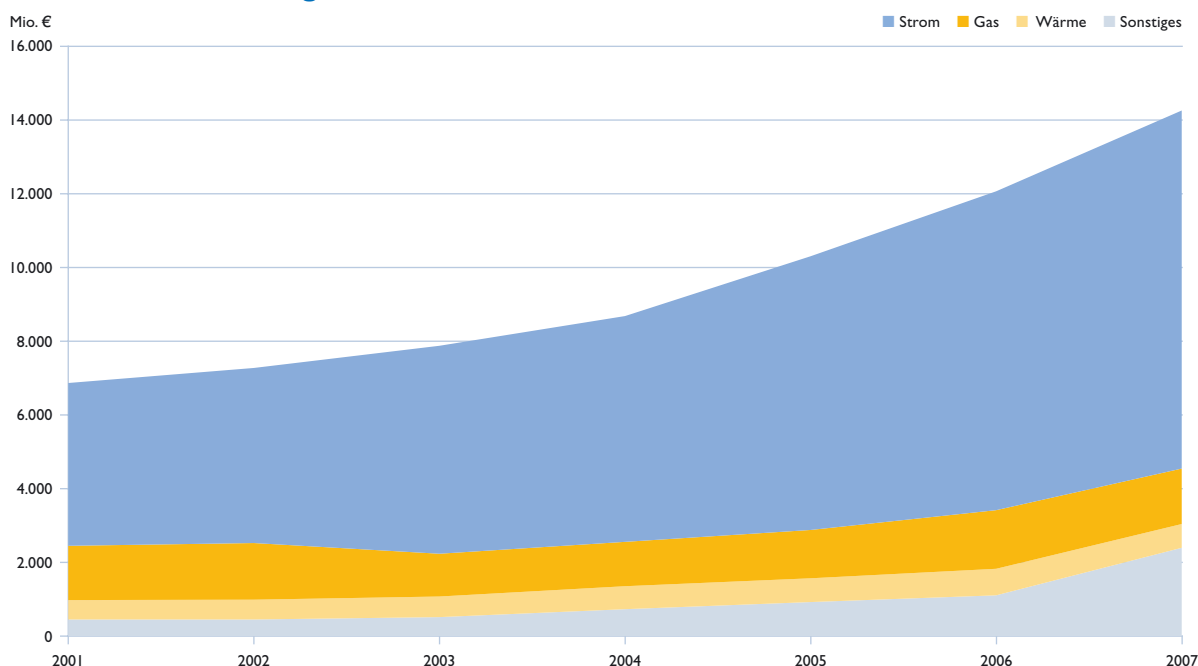
STEIGENDE UMSATZRENTABILITÄT DER ENERGIEUNTERNEHMEN VOR ALLEM BEI STROM

Wie in Abbildung 8 zu sehen ist, ist der Gesamtumsatz der Energieunternehmen⁹ in Österreich seit 2001 deutlich angestiegen. Seit dem Jahr 2001 konnten die Energieunternehmen den Gesamtumsatz mehr als verdoppeln. Der Umsatzanstieg ist vorwiegend auf den starken Anstieg der Umsätze im Strombereich (+120%) zurückzuführen.

⁹ Berücksichtigt wurden nachfolgende Unternehmen: Begas, Bewag, Energie AG, Energie Graz, Energie Steiermark, EVN, Kelag, Linz AG, OÖ Ferngas, Salzburg AG, Tigas, Tiwag, VEG, Verbund, VKW, Wien Energie. EconGas und die Energie Allianz wurden nicht berücksichtigt, da diese zum Teil in den Konzernbilanzen der beteiligten Unternehmen berücksichtigt werden.

→ Umsatzentwicklung nach Unternehmensbereich¹⁰

Abbildung 8



Quellen: Geschäftsberichte der Unternehmen

Die Gasumsätze sind über den Beobachtungszeitraum um nur rund 3 % gestiegen. Ein starkes Wachstum der Umsätze ist im sonstigen Bereich (unter anderem Wasser, Abwasser, Entsorgung) zu beobachten. Von 2001 auf 2007 haben sich die Umsätze in diesen Bereichen mehr als verfünffacht. Die Umsätze im Wärmebereich konnten im gleichen Zeitraum um rund 20 % erhöht werden.

Das jährliche Umsatzwachstum der österreichischen Strom- und Gasunternehmen liegt zwischen 1 % und 25 %. Von 2006 auf 2007 hatte die Kelag den größten Umsatzanstieg mit rund 25 %. Dies ist unter anderem auf die intensive Ausweitung der Stromhandels- und Stromverkaufsaktivitäten – Lieferung von Pumpstrom zu Spitzenzeiten erzielt Höchstpreise am internationalen Energie-

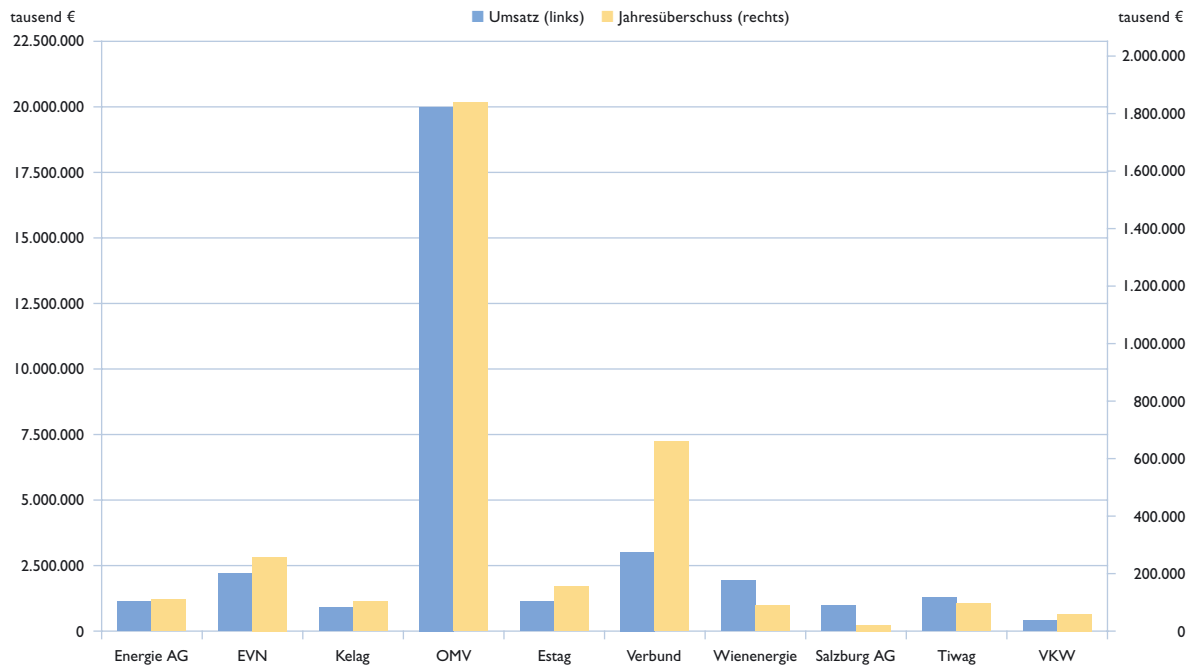
markt – zurückzuführen. Umsatzrückgänge von rund 1 % verzeichnete die Wien Energie GmbH, welche vorwiegend auf die Witterung zurückzuführen sind und zu Absatzeinbußen im Gas- und Wärmebereich geführt haben. Einen deutlichen Umsatzrückgang von rund 8 % hatte im Geschäftsjahr 2007 die Linz AG zu verzeichnen, welcher einerseits auf die Witterung und andererseits auf den Kraftwerkseinsatz zurückzuführen sein wird.

Nicht nur die Umsätze, sondern auch die Ergebniszahlen konnten die Unternehmen verbessern. Abbildung 9 zeigt klar, dass einige Stromunternehmen (bzw. Unternehmen mit Schwerpunkt Stromgeschäft) eine hervorragende Umsatzrentabilität aufweisen.

¹⁰ Darstellung „sonstiges“ inkludiert EVN/Business Unit Südosteuropa.

→ Umsatz und Ergebnis nach Steuern 2007

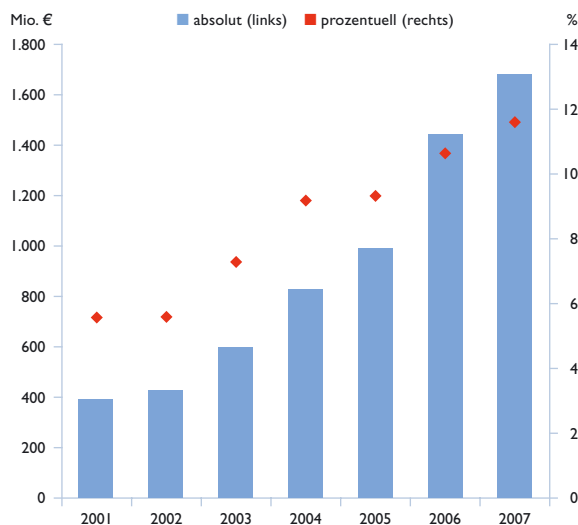
Abbildung 9



Quellen: Jahresabschlüsse der Unternehmen

→ Jahresüberschuss absolut und in Prozent des Umsatzes¹¹

Abbildung 10



Quellen: Geschäftsberichte der Unternehmen

Der Jahresüberschuss der berücksichtigten Strom- und Gasunternehmen hat sich seit Beginn der Liberalisierung mehr als vervierfacht. Bei einzelnen Unternehmen ist der Jahresüberschuss von 2006 auf 2007 um mehr als 180% gestiegen. Im Strombereich ist der Anstieg des Jahresüberschusses vorwiegend auf die gestiegenen Strompreise bei nahezu gleichbleibenden Erzeugungskosten im Wasserkraftwerksbereich zurückzuführen. Zusätzlich haben viele Unternehmen ihre Handelstätigkeiten ausgeweitet. Die Ausweitung der Auslandstätigkeiten hat ebenfalls positive Auswirkungen auf die Entwicklung des Jahresüberschusses (Abbildung 10).

¹¹ Das Jahr 2006 basiert auf aktualisierten Daten, da diese im letzten Bericht noch nicht vollständig vorhanden waren.



→ „Marktengpass“ Infrastruktur

→ Strommarkt

ÜBERFÄLLIGER INFRASTRUKTURAUSBAU GENEHMIGT

Der geplante Ausbau der Infrastruktur verbessert die Versorgungssituation in Österreich.

Das Jahr 2007 war für den Ausbau des österreichischen Stromtransportnetzes besonders wichtig, da eine endgültige Entscheidung über die Steiermarkleitung die längst fällige Verstärkung der innerösterreichischen Nord-Süd-Verbindung ermöglicht hat. Die öffentlichen Verfahren haben dabei gezeigt, dass eine Straffung der Verwaltungsverfahren hin zur Genehmigung prioritärer Infrastruktur unbedingt notwendig ist. Eine Verknüpfung der Genehmigungsverfahren mit den im Dritten Liberalisierungspaket der Europäischen Union angedachten Zehnjahres-Investitionsplänen könnte unter anderem auch eine wesentliche Verbesserung bringen. Von größter Bedeutung wäre aber eine Straffung der innerösterreichischen Verfahrensbestimmungen für Genehmigungsverfahren.

Das seit 2006 in Kraft befindliche System der Anreizregulierung für Verteilnetzbetreiber, hat zu einer Stabilisierung der Netztarife geführt. Senkungen bei den Netzbetriebskosten wurden im Wesentlichen durch Steigerungen der Kosten für Netzverluste ausgeglichen. Die Qualität des Verteilungsnetzes ist im europäischen Vergleich sehr gut (Ungeplante Versorgungsunterbrechungen – ASIDI zuletzt 2007: 44 min/a ungeplante Ausfälle).

Das Transportnetz umfasst 17.335 km (110 bis 380 kV). Derzeit stehen 116 Ausbauprojekte an, deren wichtigste insbesondere die Verbindung Nord- und Südösterreichs verbessern sollen. Mit einer Inbetriebnahme der ersten zusätzlichen Nord-Süd-Leitung in der Steiermark ist 2009 zu rechnen. Damit sollten die jährlichen Kosten von zuletzt 17 Mio. Euro im Jahr 2007 für Engpassmanagementmaßnahmen entfallen.

→ Gasmarkt

INVESTOREN VON GROSSEN INFRASTRUKTUR- PROJEKTEN BEANTRAGEN ZUMEIST AUSNAHME VOM REGULIERTEN ZUGANG

Durch die Weiterentwicklung des Netzzugangsmodells und Regelungen für den Kapazitätsausbau konnte die Planungs- und Investitionssicherheit der Netzbetreiber, aber auch der Netznutzer verbessert werden. Die Entscheidung, das Inlandsfernleitungssystem bis 2011 erheblich auszubauen, wurde mit der Genehmigung der Langfristigen Planung durch die E-Control Kommission im Jahr 2007 getroffen.

Die Umsetzung der Richtlinie 2003/55/EC und der Verordnung (EG) 1775/2005 in nationales Recht (Novelle 2006 zum Gaswirtschaftsgesetz¹²) hat die Zugangsbedingungen zu den Gastransitleitungen verbessert, indem Tarifregulierung und Transparenzerfordernisse eingeführt wurden. Die Allgemeinen Bedingungen der Transitunternehmen müssen nun der E-Control vorgelegt werden.

Mit Bescheid der E-Control Kommission vom 24. Oktober 2007 wurde der Nabucco Gas Pipeline International GmbH eine Ausnahmegenehmigung für den österreichischen Abschnitt der Nabucco Pipeline unter Vorschreibung bestimmter Auflagen gewährt. Für diese Entscheidung, die den Regulierungsrahmen für 25 Jahre absichert, waren folgende Voraussetzungen maßgeblich:

- ein „One Stop Shop“-Netzzugang von der Ostgrenze der Türkei bis Baumgarten, der es dem Transportkunden erlaubt, mit einem Vertrag durch fünf Länder zu transportieren;
- die Durchführung einer öffentlichen Kapazitätsausschreibung („Open Season“) zur Feststellung des tatsächlichen Marktbedarfs bei gleichzeitiger Verpflichtung, die Kapazitäten gemäß Bedarfsanmeldungen auch auszubauen;
- mindestens 10% der Leitungskapazitäten im Rahmen von kurzfristigen Transportverträgen anzubieten;

¹² Energie-Versorgungssicherheitsgesetz 2006, BGBl I 106/2006

- Regelungen für die Nichtnutzung von Kapazitäten sowie die Einrichtung einer Handelsplattform für den Sekundärmarkt;
- eine Genehmigung der Allgemeinen Transportbedingungen durch die Regulierungsbehörde;
- Änderung der mit dieser Entscheidung genehmigten Tarifmethoden bereits nach 20 Jahren, wenn die Tarife um 10 % höher sind als in vergleichbaren Systemen;
- Verpflichtung des Managements der Nabucco Gas Pipeline International GmbH, Entscheidungen unabhängig von den Eigentümerinteressen zu treffen.

Die Diversifizierung der Gasquellen für den europäischen Gasmarkt ist zur langfristigen Sicherstellung der Versorgung wesentlich, da sich die regionale Konzentration der Gasproduktion und der verbleibenden Reserven auf Gebiete außerhalb der EU in den nächsten Jahrzehnten weiter erhöhen wird. Die Erschließung neuer Gasquellen aus dem Kaspischen Raum und dem Mittleren Osten sowie aus Nordafrika durch den Aufbau einer Transportinfrastruktur, für die die Nabucco Pipeline die Grundlage bietet, kann daher einen wesentlichen Beitrag für die langfristige Sicherung der Erdgasversorgung Europas darstellen.

Um eine weitgehend einheitliche Ausnahmerechtsentscheidung für die gesamte Nabucco Pipeline zu erreichen, erfolgte die Entscheidung der E-Control in enger Abstimmung mit den betroffenen Regulierungsbehörden in der Türkei, in Bulgarien, Rumänien und Ungarn. Der Bescheid der E-Control Kommission wurde Ende Oktober

2007 der Europäischen Kommission übermittelt. Diese hat ihrerseits eine Aufforderung zur Abänderung vorgenommen, der auch im April 2008 nachgekommen wurde. Zwischenzeitlich ist nun ein neuer Antrag auf Verlängerung der Ausnahme eingelangt.

Das Projekt Erdgasspeicher Haidach umfasst die Nutzung des ehemaligen Erdgasfeldes Haidach im Grenzgebiet von Oberösterreich und Salzburg als Porenspeicher. Das Projekt soll in zwei Ausbaustufen realisiert werden, die jeweils ein Arbeitsgasvolumen von 1,2 Mrd. m³ und eine maximale Einspeise- bzw. Entnahmeleistung von 500.000 m³/h aufweisen. Die erste Ausbaustufe ist bereits seit Juli 2007 in Betrieb, die Umsetzung der zweiten Ausbaustufe ist bis Mitte 2011 geplant. Die Errichtung und der technische Betrieb der Speicheranlage erfolgt durch die Rohölaufsuchungs AG (RAG). Die Nutzungsrechte der Speicherkapazitäten haben die OOO Gazprom Export (2/3) und die WINGAS GmbH (1/3), die beide als Speicherunternehmen auftreten.

Während WINGAS ihre Speicherkapazitäten gemäß den geltenden rechtlichen Bestimmungen für Speicherunternehmen (§§ 39 bis 39d GWG) anbietet, hat die OOO Gazprom Export im Oktober 2007 für den auf sie entfallenden Speicheranteil einen Ausnahmeantrag gemäß § 20a GWG bei der E-Control Kommission eingebracht, in dem um Ausnahme von den bestehenden Bestimmungen für Speicherzugang (§ 39 GWG) und Speichernutzungsentgelte (§ 39a GWG) angesucht wird. Eine Entscheidung ist noch nicht erfolgt.



→ Vertikale Integration

FEHLENDE ENTFLECHTUNG VERSCHAFFT LOKALEN ANBIETERN DEUTLICHE WETTBEWERBSVORTEILE

Die österreichischen Unternehmen haben die Entflechtung entsprechend den wenig konkreten und wenig ambitionierten österreichischen gesetzlichen Vorgaben in der Mehrzahl nur formell umgesetzt. Der unabhängig agierende Netzbetreiber als Garant für ein neutral gegenüber allen Lieferanten auftretendes Stromnetz blieb deshalb auch 2007 die Ausnahme.

Der Umgang mit wirtschaftlich sensiblen Daten ist weiterhin ein ungelöster Punkt in der Umsetzung der Entflechtungsvorschriften. Die Überprüfung der Umsetzung der Entflechtungsvorschriften bei den Gasnetzbetreibern unterliegt der E-Control. Dabei konnte festgestellt werden, dass nur ein Gasunternehmen ein schriftliches Datenzugriffskonzept vorlegen konnte, durch das der Schutz sensibler Daten dokumentiert und nachvollzogen werden kann.

Die Überwachung der Entflechtung bei Stromnetzbetreibern erfolgt durch die Länder, und damit durch die Eigentümer der größten Verteilnetzbetreiber. Nach den Angaben der Länder liegen keine Hinweise auf Gesetzesverletzungen bei den Stromnetzbetreibern vor. Dies ist aber eine eher generelle und doch sehr optimistische Einschätzung von Seiten der Eigentümer der Landesgesellschaften. Konkrete Überprüfungen

in den einzelnen Unternehmen wurden hier nicht durchgeführt.

Nach Ansicht der Regulierungsbehörde sind weder die gesetzlichen Vorgaben noch die zu treffenden Überprüfungsmaßnahmen ausreichend, um proaktiv Entflechtung zu realisieren. Dies zeigt sich auch an der ungenügenden Ausstattung fast aller Netzbetreiber mit physischen und finanziellen Ressourcen. So verfügt nur einer der 13 großen Stromverteilnetzbetreiber über eigenes Anlagevermögen und überwiegend eigenes Personal. Die Unternehmen haben damit nicht wirklich voll funktionierende, eigenständige Netzgesellschaften gegründet, die ihre Geschäfte unabhängig führen können.

Der Gesamtbericht der E-Control zu den Gleichbehandlungsberichten der Gasnetzbetreiber von 2006 zeigt, dass es im Vergleich zum letzten Bericht zu einigen Verbesserungen gekommen ist. Trotzdem besteht weiterhin wesentlicher Nachbesserungsbedarf, um die Ziele der Gas-Binnenmarktrichtlinie zu erreichen.

Die unzureichende Trennung der integrierten Unternehmen in personeller und organisatorischer Hinsicht und die weitgehend fehlende Differenzierung zwischen Netzbetreiber und Lieferant im öffentlichen Auftritt trägt dazu bei, dass Kunden weiterhin kaum zwischen den Aufgaben der Netzbetreiber und des Lieferanten unterscheiden können (unter anderem durch gleichen Marktauftritt, dieselben Unternehmensnamen, gemeinsame Unternehmenskommunikation) und daher künstliche Wechselbarrieren geschaffen werden.

Wichtigste Mängel bei der Umsetzung der Vorgaben zur Entflechtung:

- organisatorische und personelle Verschränkungen,
- gefährdete Gleichbehandlung,
- wechselseitige Dienstleistungsbeziehungen,
- Umgang mit wirtschaftlich sensiblen Daten,
- unzureichende bzw. nicht vorhandene Datenmanagementkonzepte,
- Netz- und Energievertrieb in Personalunion.

Es ist unumgänglich, eine proaktive Kontrolle der Entflechtung zu implementieren. Aus der Tatsache, dass in Österreich nur integrierte Unternehmen am Endkundenmarkt tätig sind, lässt sich leicht folgern, dass die theoretisch mögliche Alternative, vor allem auf Beschwerden von Wettbewerbern zu reagieren, nicht ausreichend ist.

→ Marktkonzentration

LOKALE UNTERNEHMEN SIND MARKTBEHERRSCHEND

Die Marktanteile der drei größten Lieferanten sowie der HH-Index¹³ liegen für den gesamten österreichischen Markt unter den Schwellenwerten, die für einen stark konzentrierten Markt sprechen (66,7% bzw. 1800). Trotzdem ist nur eine geringe Wettbewerbsintensität auf den einzelnen Endkundenmärkten zu beobachten. Nach Ansicht der Wettbewerbsbehörde und der E-Control deuten die Daten (Wechselraten, Marktanteile, Reaktion der Kunden auf Preisänderungen etc.) darauf hin, dass die relevanten Märkte für Massenkunden auf die Netzgebiete der Verteilnetzbetreiber beschränkt sind. Lokale Lieferanten sind daher gegenüber ihren Massenkunden als marktbeherrschend anzusehen. Diese Dominanz kann nur reduziert werden, wenn Endkunden aktiver werden und wenn der Einfluss des Netz(gebiet)es auf den Wettbewerb reduziert wird.

→ Inaktive Konsumenten

UNTERNEHMEN INFORMIEREN ZU WENIG ÜBER IHRE PRODUKTE

Die E-Control hat in den letzten Jahren zahlreiche Studien zum Endkundenmarkt und insbesondere zur Thematik des Wechselverhaltens durchgeführt. Die gestellten Hauptfragen waren:

1. Wie wird ein Wechsel generell gesehen?
2. Was unterscheidet Wechsler von jenen, die sich zwar für das Thema interessieren, aber schlussendlich doch nicht wechseln?
3. Was löst einen Wechsel aus?

Dabei konnten drei Hauptbarrieren gegen einen Wechsel identifiziert werden:

1. empfundenenes geringes Einsparpotenzial im Zuge eines Wechsels;
2. Wechsel des Stromlieferanten erfordert viel eigenes Engagement;
3. aufwendige, komplexe und unsichere Informations- und Wechselbedingungen.

Dabei handelt es sich um Wechselbarrieren, die ausschließlich auf der Wahrnehmung der Konsumenten beruhen, mit daraus resultierenden „Wechselkosten“ (psychologische Wechselkosten). Die Tatsache, dass der Wechsel von den Unternehmen kaum beworben wird, verunsichert die Kunden zusätzlich.

Im Zuge dieser Studie hat sich herausgestellt, dass die Höhe der Stromkosten oftmals nicht bekannt ist, ebenso wie das Einsparpotenzial, potenzielle Lieferanten sowie Ablauf und Aufwand eines Wechsels.

Andererseits wird Versorgungssicherheit als sehr wichtig bewertet und vor allem den etablierten Unternehmen zugeordnet, während neue Anbieter in allen anderen Kategorien punkten können. Die Liberalisierung wird durch die Endkunden prinzipiell positiv beurteilt.

¹³ HH-Index ist gleich Summe der quadrierten Marktanteile.

→ Exkurs: Werbeausgaben der Unternehmen

Kasten I

Die Entwicklung der Werbeausgaben zählt zu den wesentlichen Indikatoren für die Intensität des Wettbewerbs um Massenkunden. Die Ausgaben der zwanzig wichtigsten Energieunternehmen haben sich im Jahr 2007 verglichen zu den Vorjahren mehr als verdoppelt. Die höchsten Werbeausgaben haben weiterhin die Unternehmen der EnergieAllianz, die aber kaum mit dieser Eigenmarke beworben werden, sondern immer noch mit den Tochtermarken werben.

Die Werbeausgaben der Energie AG sind nach dem Austritt aus der EnergieAllianz überproportional gestiegen. Dies kann durch den geplanten Börsengang im ersten Quartal 2008, der letztlich nicht realisiert wurde, erklärt werden. Auch die Werbeausgaben des Verbunds sind im Vergleich zum Vorjahr erheblich gestiegen.

Beinahe 80% der Werbeausgaben der 20 wichtigsten Energieunternehmen entfallen auf die Landesgesellschaften. Sonstige Lieferanten sind nur für rund 21% der Werbeausgaben dieser Gruppe verantwortlich.

Werbung wird wie auch in den Jahren zuvor beinahe ausschließlich zur Imagepflege eingesetzt, da nämlich hauptsächlich Imagewerbung gemacht wird, aber selten Preis- oder Produktwerbung stattfindet. So macht auch der günstigste Lieferant kaum Preis-, sondern ebenfalls meist Imagewerbung. In Österreich bewirbt de facto kein Unternehmen, abgesehen vom günstigsten, die möglichen Einsparungspotenziale beim Lieferantenwechsel, da, nach Aussage der Lieferanten, eine solche „Wechselwerbung“ hauptsächlich dem günstigsten Anbieter zugute kommen würde. Andere Alternativanbieter würden so für ihren stärksten Wettbewerber werben.

23

Nach den durchgeführten Studien können Wechsler, Wechsel-Interessierte (Haushalte, die zwar grundsätzlich an einen Wechsel denken, aber diesen noch nicht durchgeführt haben) und Nicht-Wechsler unterschieden werden.

Grundsätzlich sind Wechsler tendenziell eher männlich und zwischen 30 und 49 Jahren alt. Sie verfügen über höhere Einkommen (Haushalts-Netto-Einkommen von mehr als 2.100 Euro pro Monat), aber über ein ähnlich hohes Bildungsniveau wie die Gruppe der Wechsel-Interessierten. Allerdings sind Singles seltener. Wechsler haben häufiger Kinder unter 14 Jahren und verfügen mit 148,5 m² über deutlich mehr Wohnfläche als lediglich Wechsel-Interessierte. Dazu passt auch die Feststellung, dass 45% der Wechsler in kleineren Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern wohnen.

Bei den Unternehmen finden sich die Wechsler eher in den Branchen Gewerbe und persönliche Dienstleistungen, weniger im Einzelhandel. Unternehmen, die bereits ihren Stromlieferanten gewechselt haben, verfügen über eine größere Mitarbeiteranzahl und Betriebsfläche als die wechselinteressierten Unternehmen.

Die Höhe der Stromrechnung ist häufig noch bekannt, nicht hingegen der Stromverbrauch. Überhaupt spielt die Rechnung eine zentrale Rolle, da sie für die Konsumenten der wichtigste Kontakt mit dem Thema Strom und Gas ist. Erwartungsgemäß hat sich die Gruppe der Wechsler mehr mit dieser Thematik auseinandergesetzt als die Gruppe der Wechselinteressierten. Weiters ist anzumerken, dass bei 61% der Wechsler die Erwartungen hinsichtlich des Einsparpotenzials erfüllt bzw. übertroffen wurden.

Als Hauptgrund für einen Wechsel werden vor allem finanzielle Themen genannt, das heißt die angestiegene Stromrechnung als solche sowie Medienberichte über das Einsparpotenzial und Preiserhöhungen der Unternehmen.

Allgemein lässt sich festhalten, dass die Wechsler mit ihrem alten Lieferanten unzufriedener sind als die Gruppe der Wechselinteressierten. Die Wechselbereitschaft wird sowohl bei den Privathaushalten als auch den Unternehmen durch die Bekanntschaft mit anderen Wechslern (und Kommunikation über den Wechsel) sowie Informationen der E-Control erhöht.

Nur ein Drittel der Bevölkerung hält die derzeitigen Strom- und Gaspreise für angemessen. Dies veranlasst den Großteil dazu, sich mit Energiesparmaßnahmen näher auseinanderzusetzen, weniger hingegen mit der Möglichkeit eines Wechsels. In der Befragung hat sich eindeutig herausgestellt, dass aus Sicht der Bevölkerung von den hohen Energiepreisen hauptsächlich die Energieunternehmen und der Staat profitieren.

gewährleisten könnte, dass etwa missbräuchliches Verhalten auch entdeckt wird.

→ Keine ausreichende Rechtsdurchsetzung

ZAHNLOSE UMSETZUNG DER EU-VORGABEN

Der Regulierungsbehörde stehen keine wirklichen Sanktionsmöglichkeiten bei missbräuchlichem bzw. gesetzwidrigem Verhalten zur Verfügung. Bei Gesetzesübertretungen besteht in der Regel nur die Möglichkeit einer Anzeige bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft, die eine maximale Verwaltungsstrafe von 50.000 Euro verhängen kann. Angesichts der Geldsummen, die in Gas- oder Stromwirtschaft täglich umgesetzt werden, kann dieser Betrag nur als symbolisch bezeichnet werden. In anderen Bereichen, wie zum Beispiel bei der Durchsetzung der Entflechtungs-Bestimmungen durch die Länder, kann die Konzession entzogen werden. Allerdings erscheint diese Möglichkeit kaum realistisch zu sein.

→ Unzureichendes Monitoring

STATISTISCHE DATEN NICHT GEEIGNET FÜR MARKTAUFSICHT

Derzeit werden der E-Control in organisierter Weise nur statistische Daten zur Verfügung gestellt, die aus Datenschutzgründen nicht als Grundlage von Marktanalysen oder für die Einleitung eines Missbrauchsverfahrens herangezogen werden dürfen. Marktbeobachtung wird zwar als Aufgabe der E-Control definiert, allerdings wird nicht weiter ausgeführt, welche Instrumente der Behörde dazu zur Verfügung stehen. Dies ist sowohl aus Sicht der Unternehmen als auch der E-Control unbefriedigend. Letztendlich führt es aber dazu, dass gerade angesichts der Marktbeherrschung durch die Unternehmen keine funktionierende Aufsicht gegeben ist, die

→ Internationale Situation

ZUGANG ZU ZENTRALER INFRASTRUKTUR WEITERHIN INTRANSPARENT UND INEFFIZIENT

Vor allem im Bereich der Gasinfrastruktur (Transport und Speicher) bestehen nach wie vor Hemmnisse für die weitere Entwicklung eines regionalen Marktes in der Region Süd-Süd-Ost, zu der Österreich zählt. Verbesserungen können zum Beispiel durch die Einführung einer regionalen Koordinierungsstelle für Transportkapazitäten und Speicherkapazitäten erreicht werden. Wichtig ist auch die Weiterentwicklung der kurzfristigen Handelsplätze, die Preistransparenz schaffen können.

Der internationale Strommarkt ist unzureichend integriert. Dies hängt mit mehreren Faktoren zusammen:

- Hohe Preisdifferenzen zwischen den nördlichen und den südlichen Großhandelsmärkten Europas ermöglichen großvolumige Arbitragegeschäfte und machen daher große Transportkapazitäten notwendig;
- Die Berechnung der Kapazitäten ist weiterhin nicht standardisiert, sodass Leitungen vielfach nicht optimal genutzt werden;
- Viele Länder haben noch keine liquiden Großhandelsmärkte, wodurch eine effiziente Preisbildung (auch als Signal für Investitionen) und die effiziente Vergabe der Kapazitäten verhindert wird;
- Eine ausreichende Transparenz über fundamentale Marktdaten (Produktion, Leitungsbelastung, Nachfrage etc.) ist weiterhin nicht gegeben.

Erklärtes Ziel der Regionalen Initiative für den Gasmarkt Süd-Süd-Ost (SSO) ist es, die Haupthindernisse für den Wettbewerb durch eine verstärkte Zusammenarbeit der benachbarten Regulatoren abzubauen. Der Schwerpunkt der regionalen Zusammenarbeit liegt darin, den Netzzugang auf den Haupttransitrouten durch die Region zu verbessern, um den kurzfristigen Gashandel an den Leitungsknoten zu erleichtern. Es wurde ein Kooperationsabkommen der Regulierungsbehörden unterzeichnet, um künftig alle grenzüberschreitenden Regulierungsthemen aufeinander abzustimmen. So wurde beispielsweise bereits die Entscheidung für die regulatorische Behandlung der Nabucco-Gaspipeline im Netzwerk koordiniert. Auch wurde vereinbart, die Netzzugangsbedingungen für grenzüberschreitende Transporte zwischen den einzelnen Ländern aufeinander abzustimmen. Ein erster Erfolg ist, dass bereits 80 Prozent aller Fernleitungsnetzbetreiber eine standardisierte Plattform für nicht genutzte Transportkapazitäten anbieten.

Als Hemmnisse für die weitere Entwicklung eines regionalen Marktes in der Region SSO werden jedoch die weiterhin vorhandene Intransparenz im Bereich der Transportnetze (verfügbare

Informationen über Tarife und Zugangsregeln), unzureichender Speicherzugang (Informationen über verfügbare Speicherkapazitäten und Speichernutzung), keine marktbasierten Ausgleichsenergiesysteme, geringe Liquidität an den zwei Hubs (CEGH in Baumgarten und PSV in Italien) sowie die fehlende Standardisierung der IT-Systeme angesehen. In der Region SSE sind mehr als 15 Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) tätig, sodass Händler, die in der gesamten Region tätig sind, für jeden ÜNB das jeweilige System installieren müssen, was mit hohen Kosten verbunden ist.

Verbesserungen sollen durch die Einführung einer regionalen Koordinierungsstelle für Transportkapazitäten und Speicherkapazitäten, einheitlicher Informations- und Kommunikationssysteme, die Einführung eines regionalen Preisindexes sowie eines regionalen Ausgleichsenergiemarktes, der entweder von EEX oder vom CEGH organisiert werden soll, gewährleistet werden. Eine weitere wesentliche Maßnahme ist die Behebung der Engpässe an den Grenzüberttrittspunkten.

Für den Strommarkt erscheinen noch weitreichende Schritte zur Verbesserung der Engpassmanagementmechanismen in der Region Zentral-Ost-Europa und Zentral-Süd-Europa (ZSE) erforderlich. Dies betrifft die erforderlichen Koordinierungsmaßnahmen zur Verwendung eines gemeinsamen Netzmodells sowie gemeinsame und einheitliche Vergaben und einheitliche Kontaktstellen und Vertragsbedingungen für Marktteilnehmer. Konkrete Entwicklungsschritte dazu befinden sich im Rahmen der ERGEG Regionalen Initiativen in Ausarbeitung. Für die Grenzen mit Tschechien, Ungarn und Slowenien ist durch die involvierten TSOs ein gemeinsames Auktionsbüro in Deutschland gegründet worden. Durch dessen Etablierung sollen auch die gesetzlich erforderlichen Funktionen zur lastflussbasierten Kapazitätsberechnung und Vergabe im Jahr 2009 umgesetzt werden. Ähnliche Entwicklungen werden auch in der Region ZSE vorangetrieben.



VERBESSERUNGEN ERFORDERN GESETZLICHE MASSNAHMEN

Die oben aufgezeigten Probleme führen dazu, dass zusätzlich zu den ohnehin gestiegenen Primärenergiepreisen, die an die Kunden weitergegeben werden, unnötige Kosten bestehen, die ebenfalls von den Konsumenten getragen werden müssen. Folgende Maßnahmen sollten ergriffen werden, um den Wettbewerb anzukurbeln. Teile der Maßnahmen werden vorerst im Rahmen der jetzigen rechtlichen Möglichkeiten in Angriff genommen, die meisten benötigen aber grundsätzlich eine Gesetzesänderung beziehungsweise politische Maßnahmen.

→ Erforderliche Maßnahmen

Systematisches Monitoring – erfordert Verordnungsermächtigung für die E-Control

Die Regulierungsbehörde sollte die Möglichkeit haben, in transparenter Weise (zum Beispiel durch eine Verordnung) eine Marktüberwachung über Preise, Handelsgeschäfte, Marktanteile in den einzelnen Märkten aufzubauen und periodisch der allgemeinen Wettbewerbsbehörde (Bundeswettbewerbsbehörde) zu berichten.

„Aktion scharf“ bei Überwachung der Entflechtung – erfordert Verordnungsermächtigung für die E-Control

Viele der Wechselbarrieren, die beschrieben wurden, hängen mit psychologischen Faktoren zusammen, die durch die halbherzige Umsetzung der Entflechtung verstärkt oder erst hervorgerufen werden. Die E-Control wird daher den vollen Interpretationsspielraum und alle rechtlichen Möglichkeiten des Gesetzes nutzen, um

Gleichbehandlung, Datenschutz und die Unabhängigkeit der Netzbetreiber zu gewährleisten. Allerdings ist wohl auch hier eine genauere Festlegung der Entflechtungsvorgaben notwendig, um auch den Unternehmen klare Richtlinien geben zu können. Anzumerken ist allerdings, dass die Möglichkeiten der E-Control auf den Gassektor beschränkt sind. Natürlich wird die Regulierungsbehörde die erstellten Vorgaben auch den Landesbehörden zur Verfügung stellen, um so weit wie möglich eine einheitliche Vorgangsweise bei den Elektrizitätsunternehmen zu erreichen.

Infokampagnen und Transparenzoffensive – erfordert Gesetzesänderung, Vorsorge im Budget

Ein Grund für die Inaktivität der Konsumenten ist die unzureichende Information über alternative Angebote bzw. der unzutreffend als hoch eingeschätzte Aufwand, der mit einem Wechsel verbunden wird. International werden aus ähnlichem Grund die Konsumenten durch groß angelegte Kampagnen durch die Regierung oder die Regulierungsbehörde informiert. Dies sollte auch in Österreich ermöglicht werden.

Da die Rechnung zentraler Kontaktpunkt der Konsumenten mit dem Thema Strom und Gas ist, muss die Qualität der Rechnungen gesteigert werden. Die E-Control hat eine Vielzahl an Verfahren gegen Unternehmen eingeleitet, um zumindest die gesetzlichen Mindeststandards (getrennte Ausweisung von Systemnutzungsentgelt, Steuern und Abgaben sowie dem Preis für elektrische Energie, welcher in Cent/kWh auszuweisen ist) durchzusetzen. Dennoch ist dies nicht genug. Da es nur einzelne Unternehmen geschafft haben, Netzkosten und Energiekosten „transparent und konsumentenfreundlich“ darzustellen, wie dies ebenfalls die gesetzlichen Bestimmungen fordern (zum Beispiel § 45c EIWOG), führen derzeitige Rechnungen eher zu Verwirrung

bei den Konsumenten als zu einer besseren Information. Künftig könnte die Vorschrift einer getrennten Rechnung für Netz und Energie notwendig werden, wenn sich die Qualität der Rechnungen nicht verbessert.

Verbesserungen des Wechselprozesses – erfordern Kompetenzerweiterung der E-Control

Trotz mühevoller Verhandlungen mit den Marktteilnehmern und einiger Verbesserungen ist der Lieferantenwechsel immer noch zu langsam und aufwendig in der Handhabung. Bestimmte Vermarktungsschienen sind deshalb in Österreich nicht oder nur bedingt möglich (zum Beispiel Online-Vertragsabschlüsse, dezentrale Kundenakquisition ...). Die technischen und rechtlichen Voraussetzungen (Kundenregister, Vollautomatisierung aller Wechselschritte ...) für den schnelleren und günstigeren Wechsel müssen geschaffen werden. Die E-Control hat bisher nicht die Möglichkeit, notwendige Verbesserungen verbindlich vorzuschreiben.

Bessere (glaubwürdigere) Rechtsdurchsetzung – erfordert Gesetzesänderung

Gesetzlich anzupassen ist die Möglichkeit der Rechtsdurchsetzung. Der aktuelle Strafraum ist, wie dargestellt, entweder weit zu niedrig oder unglaubwürdig hoch (Konzessionsentzug). Ein Rahmen, der auf den Umsatz des Unternehmens bezogen ist, ist auch nach internationaler Erfahrung eher geeignet, die Befolgung der vorhandenen Vorschriften sicherzustellen.

Weitere Maßnahmen auf europäischer Ebene – erfordern politische Maßnahme

Wie die regionalen Initiativen zeigen, ist die Marktintegration noch mangelhaft. Dies ist auch auf den zurückhaltenden Netzausbau zurück-

zuführen, unter anderem aufgrund fehlender Entflechtung und damit des weiter bestehenden Anreiz, durch Zurückhaltung beim Netzausbau die eigenen Absatzmärkte abzusichern. Dies hat in Österreich zum Beispiel dazu geführt, dass zusätzliche Gaslieferungen in Südösterreich nicht mehr gewährleistet werden können. Die großen Gasversorger der EU sind durchwegs in vorgelagerten Ländern an den Transport- und Transitleitungen beteiligt. Wenn diese Unternehmen einen Ausbau verhindern oder verzögern, geht dies nicht nur zu Lasten der eigenen Kunden, sondern auch jener in den Transitländern.

Bei elektrischer Energie sind die Konsequenzen nicht derart unmittelbar spürbar, da Strom oftmals auch über Umwege ins Zielland fließt. Der fehlende Netzausbau und die seit Jahren immer noch unzureichende Koordination der Übertragungsnetzbetreiber (zum Beispiel bei der Berechnung der Netzkapazitäten, wo aus gegenseitigem Misstrauen kein voller Informationsaustausch erfolgt) führen aber auch bei Strom sogar zu teils sinkenden Übertragungskapazitäten an den Grenzen mit unmittelbaren negativen Auswirkungen auf die Strompreise und zu umfangreichen ungeplanten Stromflüssen, die die Versorgungssicherheit zunehmend gefährden.

Wege zu einer Marktintegration und Nichtdiskriminierung, die den Wettbewerb und die Versorgungssicherheit stärken, hat die EU-Kommission in ihrem Dritten Richtlinienpaket vorgeschlagen. Der aktuelle Rechtsrahmen auf europäischer Ebene kann in der Praxis bis heute nicht garantieren, dass neue Marktteilnehmer von einer Gleichbehandlung ausgehen können. Wesentliche Elemente des Dritten Gesetzespakets sind daher eine effektive Entflechtung der Übertragungs- und Fernleitungsnetze, bevorzugt durch eine eigentumsrechtliche Trennung oder aber durch die Bestellung eines unabhängigen Systembetreibers

(ISO). Österreich hat in diesem Zusammenhang gemeinsam mit Deutschland, Frankreich und einigen anderen Ländern ein alternatives Modell einer lediglich verstärkten rechtlichen Entflechtung eingebracht, dessen Tauglichkeit jedenfalls noch nicht erwiesen ist.

Weitere Elemente sind die verpflichtende Zusammenarbeit der Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber, bessere regionale Kooperation, Schutz europäischer Interessen sowie verstärkte

Kundenrechte. Nicht gelöst oder auch nur angedeutet durch das Dritte Paket ist die Frage, wie künftig die Marktaufsicht in regionalen Märkten organisiert sein soll.

Österreich ist aufgrund seiner zentralen Lage in Europa von allen Unzulänglichkeiten der bestehenden Regelungen besonders betroffen. Daher begrüßt die E-Control grundsätzlich die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen.



	Seite		Seite		
Abbildung 1:	Veränderung des Gesamt- Verbraucherpreisindex (VPI)	7	Abbildung 8:	Umsatzentwicklung nach Unternehmensbereich	17
Abbildung 2:	Gaspreise für Haushalte in Österreich	8	Abbildung 9:	Umsatz und Ergebnis nach Steuern 2007	18
Abbildung 3:	Strompreise für Haushalte in Österreich	9	Abbildung 10:	Jahresüberschuss absolut und in Prozent des Umsatzes	18
Abbildung 4:	Vergleich österreichischer Haushalts- gaspreise mit vergleichbaren EU Ländern	11			
Abbildung 5:	Vergleich österreichischer Haushaltsstrom- preise mit vergleichbaren EU Ländern	11	Tabelle 1:	Bilanz der Stromwirtschaft für 2007	6
Abbildung 6:	Vergleich österreichischer Industriegas- preise mit vergleichbaren EU Ländern	12	Tabelle 2:	Bilanz der Gaswirtschaft für 2007	6
			Tabelle 3:	Industriegaspreise Jänner 2008	8
Abbildung 7:	Vergleich österreichischer Industriestrom- preise mit vergleichbaren EU Ländern	12	Tabelle 4:	Industriestrompreise Jänner 2008	10
			Kasten 1:	Exkurs – Werbeausgaben der Unternehmen	23

